

Bezugspreis:

Wöchentlich 13 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch- land, Döngle, Saar- u. Rheingebiet, Ostpreußen, Litauen, Litauen, Litauen wö- chentlich 1,20 Goldmark, für das übrige Ausland 1,45 Goldmark pro Woche. Kreuzband, erhaltungen nur gegen wert- behaltende Zahlung. Postbezugspreis für Februar 4.- Goldmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags- beilage „Volk und Welt“ mit „Erb- lung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Belamell“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreise: Die einseitige Sonntags- beilage 0,70 Goldmark, Restanzeigen 1,20 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ des feilgekauften Wort 0,30 Gold- mark (zuletzt zwei feilgekauft Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellungs- beilage des ersten Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,20 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar gereicht durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden- straße 3, abgegeben werden. Gestrichelt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 5. Februar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Postkonten-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

„Landesverrat“ des „Vorwärts“!? Die Wirkung des Göß-Briefes in München.

München, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Veröffentlichung des Briefes des Hitler-Offiziers Göß in der letzten Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ hat in bayerischen Regierungskreisen außerordentliche Beachtung gefunden. Zunächst wurde darauf hingewiesen, daß durch die Bekanntgabe der Mitteilungen über die geheimen Gewehr- und Munitionsvorräte ein glatter Landesverrat begangen sei, der nicht ungeahndet bleiben könne. Tatsache ist auch, daß sich bayerische Stellen sofort mit der Reichsregierung ins Benehmen setzten. Zu dem schließlichen Inhalt des Briefes wird voraussichtlich noch der Generalkriegskommissar selbst Stellung nehmen. Ein Zweifel wird nur halbamtlich mitgeteilt, daß Herr v. Kahr niemals einen Befehl zur Abholung von Gewehren unterschrieben hat. Die Darstellung des Göß in diesem Punkte wird als eine absolute Lüge bezeichnet.

Wer die sogenannte „bayerische Mentalität“ kennt, ist reichlich vor der Gefahr geschützt, etwa aus Erfassungen über diese Nachricht auf den Rücken zu fallen. Aus München war tatsächlich nichts anderes zu erwarten. Dort ist man es gewohnt, daß sich Verbrecher des Landesverratsparagrafen bedienen, um die Spuren ihrer Verbrechen zu verhehlen. Wer die Vorbereitung gewaffneter Angriffe auf die deutsche Verfassung und auf deutsche Staatsbürger durch Ausdeutung hört, wird mit dem Zuchthaus bedroht unter dem dionysischen Vorwand, die Vorbereitungen hätten eigentlich dem „äußeren Feind“ gegolten. Auch die Berliner „Deutsche Zeitung“ berührt den ersten Augenblick ihrer wiedererregenen Freiheit dazu, gegen den „Vorwärts“ die Anklage des Landesverrats zu erheben und sie folgendermaßen zu begründen:

Mag man dem „Vorwärts“ unterstellen, daß er an die Wahrheit der Angaben glaubt, dann sind sie eine eklatante Denunziation, die an den General Koller und die Militärkommission gerichtet ist. Es wäre Zeit, daß Herr Poincaré den „Vorwärts“-Schriftstellern seine besondere Anerkennung ausspricht und ihnen die Ehrenlegion verleiht. Deutsche aber werden es nicht vergessen, in welcher Weise der „Vorwärts“ immer von neuem dem Erbfeinde in die Hände arbeitet. Ein Tag der Abrechnung wird kommen.

Daran, daß der „Tag der Abrechnung“ geplant und nicht nur geplant, sondern auch intensiv vorbereitet wird, zweifeln wir nicht im geringsten. Wir zweifeln nicht in geringsten daran, daß es an diesem ereignisreichen Tag, wenn er käme, dem „Vorwärts“ noch ganz anders ergehen würde, als am 8. November u. J. der „Münchener Post“, wo die völkischen Betreuer alles kurz und klein schlugen und sodann unter Mithilfe förmlicher Bertschachen verschwanden. Wir zweifeln auch daran nicht, daß die „Deutsche Zeitung“ wieder „Landesverrat!“ schreien wird, wenn wir eines Tages einen Berliner Verbrecherkeller enthüllen sollten, in dem solche Dinge vorbereitet werden.

Für die Richtigkeit der Beschuldigungen, die der Hitler-Offizier Göß gegen seine Spiegelgesellen erhebt, übernehmen wir selbstverständlich keine Verantwortung. In einem Rechtsstaate wäre freilich die nächste Wirkung einer solchen Veröffentlichung die, daß man zunächst alle belastet erscheinenden festnehmen und konfrontieren würde: nämlich den Briefschreiber selbst, den sauberen Prior, den Leiter der „Dresdener-Bank“-Filiale, in der die Waffensubmission versteckt gewesen sein soll, und selbstverständlich vor allem auch den ausgezeichneten „Generalkriegskommissar“ v. Kahr selbst. Daß dieser die Behauptung, der Bewaffnungsbefehl sei von ihm unterschrieben gewesen, bestritten werde, war vorauszusehen, aber die Bestreitung eines Beschuldigten gilt normalerweise nicht als durchschlagender Entlastungsbeweis.

In München freilich, wo alles, Recht, Vernunft und sittliches Empfinden, auf den Kopf gestellt ist und auf den Händen spazieren geht, ist es gerade umgekehrt. Dort hat man durch das Landesverratsgeschrei, durch den Wink mit dem Zuchthaus, zunächst erreicht, daß das bayerische Volk nicht erfahren darf, was Herr Göß über den Charakter der völkischen Waffensubmission und ihre Unterstützung durch den trefflichen Generalkriegskommissar zu erzählen weiß.

Prolog zum Ludendorff-Prozess. Die Angeklagten und die Nichtangeklagten.

Eine Berliner Korrespondenz teilt über den Hitler-Ludendorff-Prozess aus München folgendes mit:

Am 14. Februar wird vor dem Münchener Volksgericht der Prozess gegen die Führer des Hitler-Putschs vom 8. November vorigen Jahres beginnen. Unter der Anklage, die Verfassung des Freistaates Bayern vom 12. August 1919 und des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 gewaltsam ändern zu wollen, werden sich folgende neun Angeklagte zu verantworten haben: 1. Der Schriftsteller Adolf Hitler, 2. General der Infan-

terie a. D. Erich Ludendorff, 3. der Rat am Obersten Landesgericht in München Ernst Pöhner, 4. der Oberamtmann bei der Polizeidirektion in München Wilhelm Fritsch, 5. der Tierarzt in München Dr. med. vet. Friedrich Weber, 6. Hauptmann a. D. Ernst Röhm, 7. der Oberleutnant der Reserve und Studierende der Staatswissenschaften in München Wilhelm Brückner, 8. Leutnant Robert Wagner und 9. der Leiter des „Kampfbundes“, Oberleutnant a. D. Kriebel.

Die Verteidigung der Angeklagten haben die Rechtsanwältin Dr. Luise Gebrune-Göttingen, Justizrat v. Jeschowitz, ferner die Rechtsanwälte Koder, Hemmeter, Dahn, Schramm und Kohl übernommen.

Die Korrespondenz veröffentlicht im Anschluß an diese Mitteilungen eine längere Darstellung der Ereignisse vor und während des Putschs. Der Rückblick scheint aus Kreisen des Generalkriegskommissariats zu stammen, das natürlich ein Interesse daran hat, die Kahr, Lossow und Seißer zu entlasten. Schwer belastet wird durch die Ausführungen neben Hitler Ludendorff, der danach noch der Bürgerbräukomödie mit Lossow und Seißer militärische Maßnahmen erörterte. Er wünschte die Bildung einer Nationalarmee, Aufnahme der vaterländischen Verbände in die Reichswehr und einen Grenzschutz gegen Soest. Neu ist ein angebliches Schreiben v. Kriebels vom 7. November an die Verbände „Bund Bayern und Reich“, „Organisation Ehrhardt“, „Reichskolonne“, „Jäger“, „Hermannsbund“ und Oberleutnant Wilmer. Das Schreiben lautet:

„Die Besprechung am 6. November abends beim Herrn Generalkriegskommissar hat gezeigt, daß er mit der Uneinigkeit der Verbände rascher. Der Herr Generalkriegskommissar hat durch Landeskommandant und Oberst v. Seißer klar und unambigüös erklärt, daß er fest entschlossen ist, gegen jeden Verband, der aus sich selbst heraus einen gewaltsamen Umsturz herbeizuführen sucht, mit Waffengewalt vorzugehen. Ich erkläre als militärischer Führer des Kampfbundes Bayern, daß Meinungsverschiedenheiten, mögen sie noch so schwerer Art sein, die ein Zusammengehen mit den einzelnen Verbänden nicht möglich machen, mich nicht hindern können, mich mit der gesamten militärischen Macht des Deutschen Kampfbundes an die Seite des Verbandes zu stellen, gegen den Reichswehr und Landespolizei mit Waffengewalt aufgeboden wird.“

Dieses Schreiben ist nach den Münchener Angaben des Korrespondenten offenbar zur Kenntnis des Herrn v. Kahr gekommen, denn am 7. November schon veranlaßte General v. Lossow die ihm unterstellten maßgebenden Offiziere, um sie über den drohenden Putsch zu informieren, und am Tage darauf traten die Chefs des Landespolizeikommandos Bayerns bei Oberst v. Seißer zusammen, der ausdrücklich erklärte, daß jeglicher Putsch mit Waffengewalt verhindert werden müsse.

Inwiefern die Angaben mit der Wirklichkeit übereinstimmen, muß der Verlauf des Prozesses ergeben — seine sachliche Führung vorausgesetzt!

Ludendorffs Ausöhnung mit Ehrhardt.

Der führende D. C. - Führer.

Wie bereits gemeldet, hat kürzlich in einer Münchener Versammlung eine viel beachtete Szene stattgefunden: Kapitän Ehrhardt und General Ludendorff, die seit dem Hitler-Putsch in einen scharfen Gegensatz zueinander gekommen waren, traten aufeinander zu, drückten sich die Hand und unterhielten sich längere Zeit. Aus dieser Tatsache wurde allgemein die Folgerung gezogen, daß eine Ausöhnung zwischen der Ludendorff- und der Ehrhardt-Richtung erfolgt sei. Wie wir erfahren, ist diese Auffassung zutreffend. Allerdings ist diese Ausöhnung nicht erfolgt, ohne daß in der Ehrhardt-Bewegung eine nicht unwichtige Veränderung eingetreten ist. Wie wir hören, ist der langjährige offizielle Führer der D. C. und Vertraute Ehrhardts, des geistigen Hauptes der Organisation Consul, Kapitänleutnant Kauter, aus der Ehrhardt-Bewegung „ausgeschifft“ worden, weil man in ihm das stärkste Hindernis zu einer Wiederannäherung der durch die Novemberereignisse auseinandergerissenen rechtsradikalen Richtungen erblickte. Für die Beurteilung der Lage in Bayern und speziell in München ist diese Tatsache von nicht zu unterschätzender Bedeutung, da Ehrhardts Beziehungen zum Kronprinzen Rupprecht bekannt sind. Von Interesse wird ummehr die Frage sein, wie sich die Ehrhardt-Richtung nach der Ausöhnung mit Ludendorff zu Herrn v. Kahr stellen wird, der bekanntlich die Ehrhardt-Partei seinerzeit an der thüringischen Grenze als Rotpolizei verwandt hat. Beim Hitler-Putsch hat sich Ehrhardt mit seinen Anhängern der größten Zurückhaltung befleißigt und sich den Herren Kahr und v. Lossow gegenüber völlig neutral verhalten. Der Name des Kapitänleutnants Kauter hat übrigens in den Ermittlungen über die D. C. im Anschluß an die Ermordung Rathenaus eine lebhaftere Rolle gespielt, ohne daß im Rathenau-Prozess selbst seiner Erwähnung getan worden ist.

Der neue deutsche Botschafter in Paris, von Soest, ist dorthin zurückgekehrt und hat die Leitung der Geschäfte wieder übernommen.

Finanz- oder Produktionswirtschaft Zur dritten Steuernotverordnung.

Von Dr.-Ing. Martin Wagner.

Der Herr Reichsfinanzminister hat gesprochen und der Produktionswirtschaft den Krieg erklärt. Die dritte Steuernotverordnung kann im gegenwärtigen Zustand der deutschen Wirtschaft nur als eine Kriegserklärung aufgefaßt werden. Ja, sie ist mehr! Sie ist ein Todesurteil für die Produktionswirtschaft, ein Todesurteil, das die Minister der Wirtschaft und der Arbeit nicht abwehren konnten, weil der Herr Reichsfinanzminister die Stunde regiert. Aber wie regiert?

Die viel verlässerte Zwangswirtschaft hat seit 1918 keine so tödliche, so produktionsfeindliche Wirkungen gehabt wie die Diktatorwirtschaft des heutigen Kabinetts, das drauf und dran ist, mit seiner Finanzpolitik die Henne zu schlachten, die die goldenen Eier legt. Das hat bei einem Schlüsselgewerbe der deutschen Wirtschaft, dem Baugewerbe, bereits seine Wirkungen gezeigt. Die dritte Steuernotverordnung beabsichtigt, diese Wirkungen noch zu vertiefen.

Wie steht es mit dem Bauplatz? Die Befestigung der Wohnungsbauabgabe hat den Wohnungsbau völlig stillgelegt. Die Produktionsriehe der Landwirtschaft schaltet auch diesen bedeutenden Auftraggeber für Bauten auf längere Zeit aus. Die Industrie ist nicht in der Lage, sich die notwendigen Produktionskredite zu verschaffen und hat nach einer Zeit „Immobilisierung“ ihrer Inflationsergebnisse weder das Kapital, noch das Bedürfnis, den Bauplatz zu beschäftigen. An die Möglichkeit, daß der Bauplatz aus sich heraus und durch „Goldmieten“ wieder belebt werden könnte, denkt heute auch der eifrigste Vertreter der freien Wirtschaft nicht mehr, weil die Goldmieten vermutlich einen Ueberfluß an großen Wohnungen und einen verstärkten Mangel an Kleinwohnungen zeitigen werden. Um Kleinwohnungen bauen zu können, fehlt es aber dem privatkapitalistischen Bauplatz nicht nur an der ersten Voraussetzung, nämlich an Kapital, sondern auch an den beiden anderen, ebenso wichtigen Voraussetzungen, nämlich an den zahlungsträchtigen Hausläufern und an zahlungsfähigen und zahlungswilligen Mietern. Niemand wird heute Häuser auf eigene Rechnung bauen, wenn die Verzinsung der Hypotheken doppelte und dreifache Goldmieten erfordert, und niemand wird in die neuerbauten Kleinwohnungen einziehen, wenn er 75 Proz. seines reduzierten Einkommens für Miete aufwenden soll.

In dieser höchst traurigen Situation greift der Herr Reichsfinanzminister mit seiner dritten Steuernotverordnung ein und beschlagnahmt die bedeutendste und wesentlichste Kapitalquelle des Bauplatzes, zugunsten des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Der Herr Reichsfinanzminister hat seine Pläne sicherlich sehr reiflich überlegt, sich bei dieser Ueberlegung aber nicht von volkswirtschaftlichen und produktionswirtschaftlichen, sondern von kurzfristigen ressortpolitischen Gesichtspunkten leiten lassen. Das Tragische an seiner Arbeit ist, daß er durch seine Steuerpläne nicht nur das Reich, sondern auch die Länder und Gemeinden, denen er in erster Linie beifpringen wollte, am meisten schädigt und den Bauplatz mit seinen zwei Millionen Arbeitskräften auf ein Leben im Jenkerts verweist.

Wenngleich der Herr Reichsfinanzminister reformmäßig nicht die Verschichtung hat, Produktionspolitik zu betreiben, so sollte er doch die Verpflichtung in sich fühlen, seine Steuerpläne daraufhin zu überlegen, ob die erzielbaren Einnahmen auf der einen Seite nicht ein unerschöpfbares Loch auf der anderen Seite aufreißen. Er wäre verpflichtet gewesen, sich darüber Rechenschaft abzulegen, welche Steueranfälle Reich, Staaten und Gemeinden erleiden, wenn der Bauplatz erdrückt liegen bleiben soll. Der Herr Reichsfinanzminister sich diese Rechnung nicht ausgemacht hat, wollen wir sie ihm in kurzen Zügen unterbreiten.

Der Bauplatz hat nach dem heutigen Preisstande bei voller Beschäftigung einen ungefähren Umsatz von 5 Milliarden Goldmark. Von diesem Umsatz entfallen allein auf Steuern, die in die Tasche des Reiches, der Länder und Gemeinden fallen, rund 550 Millionen Goldmark, d. h. also mehr als 10 Proz. der Umsatzsumme. Nicht nur die Einkommensteuer der Arbeiter und Angestellten des Baugewerbes, sondern auch des Baustoffgewerbes, des Transportgewerbes und der für den Bauplatz arbeitenden Industrien sind wesentliche Kapitalquellen für die öffentlichen Organe. Hinzu kommt die Umsatzsteuer, die allein etwa 250 Millionen Goldmark einbringt, die Besteuerung der Gewinne und die sonstigen Steuernahmen, die aus den Produktivbetrieben dem Reich, den Ländern und Gemeinden zufließen. Bei einer 75proz. Vahmlegung des Bauplatzes würden die öffentlichen Organe demnach einen Steueranfall von mehr als 400 Millionen Goldmark erleiden. Zu diesen direkten Steueranfällen kommt aber noch hinzu der Steueranfall der gesamten Wirtschaft, der durch die Einschränkung der Kauf-

Wilson und Ludendorff.

Wer war der „vertrauensvolle dumme Michel“?

Das Ableben Wilsons gibt der nationalistischen Presse Gelegenheit, das alte Märchen von dem dummen deutschen Michel aufzuwärmen, der in die listige Falle der 14 Punkte Wilsons blühdig hineingerannt sei. Natürlich sollen es hauptsächlich Sozialisten, Pazifisten u. dgl. „undeutsche“ Gesellen gewesen sein, die in Bösartigkeit oder unbegreiflicher Verblendung sich auf Wilsons Wort verlassen hätten. In Wirklichkeit haben gerade diese Kreise erkannt, daß die Wilsonschen 14 Punkte zur Zeit ihrer Verkündung im Januar 1918 eine Friedensmöglichkeit für das damals noch stark bestehende Deutschland boten, falls die Regierung Hertzling den Mut gefunden hätte, diesen 14 Punkten beizupflichten. Als dagegen im Oktober 1918 die deutsche Oberste Heeresleitung ihr zerschmetterndes Eingeständnis der Niederlage verkündete, da glaubten gerade die christlichen Freunde des Verständigungsfriedens nicht mehr daran, daß in dieser veränderten Situation noch eine Berufung auf Wilsons 14 Punkte nützen würde. Wer sich aber damals — wie der Extrikende an den Strohhalm — an diese 14 Punkte klammerte, das geht aus Nr. 30 des amtlichen deutschen Weißbuchs über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes mit unwiderleglicher Deutlichkeit hervor. Diese Nr. 30 enthält nämlich den Entwurf für die Waffenstillstandsbitte an die Entente, den General Ludendorff in Person der deutschen Regierung vorschlug. Dieser Entwurf lautet in seinen wichtigsten Absätzen:

Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen und zu diesem Zweck Bevollmächtigte aller kriegsführenden Staaten einzuladen.

Sie erklärt sich damit einverstanden, daß sie vom Präsidenten der Vereinigten Staaten in der Kongresskammer vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen ausgesprochenen Programmpunkte als Grundlage für die Friedensverhandlungen dienen.

Legationsrat v. Versner, der diesen Wortlaut im persönlichen Auftrage Ludendorffs 2 Uhr 40 Minuten nachmittags an das Auswärtige Amt in Berlin telephonierte, fügte zur näheren Orientierung noch folgendes hinzu:

General Ludendorff legt voraus, daß es sich nur um die bekannten 14 Punkte Programmpunkte Wilsons handelt.

Der „dumme Michel“, der am 2. Oktober im Vertrauen auf die Wilsonschen 14 Punkte die Waffen niederlegen und vor der Entente zu Kreuze kriechen wollte, war also niemand anders als der General Ludendorff, der Heros aller Böllischen!

Warum sieht Claß noch nicht?

Graciel Vertrauensmann als Vorkämpfer.

Nach den Mitteilungen, die das „Gewissen“ des Herrn Dr. Stadler schon gemacht hat, kann das Rätsel, wer die Anzeige gegen die Seede-Attentäter erstattet hat, nicht mehr als Rätsel behandelt werden. Es war tatsächlich kein anderer als der schon bekannte Herr v. Lettenborn, der selber in der Parchimer Wochensche der Begünstigung verdächtig ist und der sich wahrheitsgemäß durch die Dienste, die er in diesem neuen Fall leistete, wieder „christlich machen“ wollte. Herr v. Lettenborn war es, dem Thormann seinen Plan, den General v. Seede zu erschließen, vertrauensvoll anvertraute. Herr v. Lettenborn war es, der seinen Gefinnungsgenossen Schumann dazu bestimmte, zum Schein auf den Plan einzugehen, und Herr v. Lettenborn war es, der dann am Abend vor dem Morgen, an dem Seede ins Denzels befördert werden sollte, zum Reichskommisär für öffentliche Ordnung ging und alles anzeigte. Sofern der Vorwurf der Vorkämpfer berechtigt ist, trifft er also ihn.

Dieser Herr von Lettenborn aber ist Vertrauensmann und rechte Hand des böllischen Reichstagsabgeordneten v. Graciel.

Der Konflikt, der in dieser Anzeige zum Ausdruck kam, beruht auf latente Meinungsverschiedenheiten. Die alldeutsche Gruppe glaubte, auf dem Wege eines Putsches jene „Militärdiktatur auf nationaler Grundlage“ erreichen zu können, für die Max Raurenbrecher auch in der neuesten Nummer der „Deutschen Zeitung“ plädiert. Da Herr v. Seede zur Ausführung dieses Planes unbrauchbar erschien, sollte er beseitigt werden, wobei es wieder latente Meinungsverschiedenheiten darüber gegeben haben mag, in welcher Weise diese Beseitigung erfolgen sollte.

Da aber stand in diesem Falle der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, der Justizrat Claß? Daß er in das geplante hochverräterische Unternehmen mit verwickelt war, ist nicht zu bezweifeln. Hat er auch die Ermordung Seedes gewollt? Der verdächtige und geständige Dr. Grandel hat diese Frage zunächst entschieden bejaht, dann aber bei einer Gegenüberstellung wieder widerrufen. Er hat keine anfängliche Stellung, er wollte sich rüchellos zur Wahrheit bekennen, da alle anderen elende Feiglinge seien, wieder aufgegeben. Zupor hatte er behauptet, Claß habe ihm zur materiellen Sicherstellung des Mörders 50 000 Mark zugesichert. Nun ist es auffällig, daß Thormann dem als Mörder gedungenen Schumacher genau dieselbe Summe in Aussicht gestellt hat.

Gewiß wird man die erste Aussage Grandels deswegen noch nicht ohne weiteres für richtig halten müssen. Trotzdem läßt sich ein Erstounen darüber nicht unterdrücken, daß sich Claß bei diesem Stand der Dinge noch auf freiem Fuß befindet. Dürfte man in diesem Zusammenhang den Namen eines Ehrenmannes wie des thüringischen Ministers Hermann auch nur erwähnen und den künstlich konstruierten Weimarer Totbestand mit einem Kapitalverbrechen, um das es sich hier handelt, irgendwie in Parallele stellen, so müßte man die Frage aufwerfen, wozum Hermann wochenlang wegen angeblichen Verdunkelungs- und Fluchtverdachts in Untersuchungshaft sitzen mußte, und warum Claß immer noch frei spazieren gehen darf. Es gibt doch — in der Republik — nicht zweierlei Recht für Vorstehende nationalistischer Putschverbände und für sozialdemokratische Minister?

Ein bayerischer Verfassungs-Reformblock.

Zugehördriffe der bayerischen Volkspartei.

München, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In politischen Kreisen wird allgemein davon gesprochen, daß die Einzeichnung in die Listen der Bayerischen Volkspartei betreffend die beiden Volksbegehren sowohl in den Städten als auch auf dem Lande in außerordentlich schleppendem Tempo vor sich gehe, so daß die „Gefahr“ bestehe, daß bis zum 17. Februar, dem Endtermin der Einzeichnung, nicht einmal die einstuweilen notwendige Stimmengahl von 800 000 zusammenkommt. Eine Stütze findet diese Auffassung in den vielfachen Bemühungen der Bayerischen Volkspartei, nach Möglichkeit aus der Wotierung, in der sie bisher mit ihrem Volksbegehren steht, herauszukommen. Zu diesem Zweck wurden schon vor einiger Zeit Verhandlungen mit einer Reihe von politischen und wirtschaftlichen Verbänden angeknüpft, die nunmehr am Montag zu dem Ergebnis geführt haben, daß ein gemeinsamer Aufruf an das bayerische Volk zur Einzeichnung in die Listen der

Bayerischen Volkspartei auffordert. Das Bezeichnende ist, daß jetzt auch die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und ihre Widersacherin, die Nationalliberale Landespartei, für das Volksbegehren eintreten, nachdem sie sich anfangs vollkommen ablehnend verhalten haben. Der Grund dieser Schwermung liegt in dem Entgegenkommen der Bayerischen Volkspartei, die ihr zweites Volksbegehren auf Verränderung der Verfassung wesentlich eingeschränkt hat. Danach hat der neue Landtag nur mehr die Aufgabe, die bayerische Verfassung in folgender Richtung zu ändern: 1. Schaffung eines mit ausreichenden Vollmachten ausgestatteten Staatspräsidenten, 2. Schaffung einer Zweiten Kammer, 3. Verränderung des § 2 der jetzigen Verfassung und 4. Bestimmungen zu schaffen, die eine Erleichterung der Durchführung von Volksbegehren bringen. Nachdem sich die Bayerische Volkspartei auf diese Verränderung ihrer an sich viel weitergehenden Wünsche eingelassen hat, fand sich eine Reihe von Organen zur Unterstützung bereit, so daß man von einem bayerischen Verfassungsreformblock sprechen kann. Außer den genannten Parteien gehören ihm unter anderen an: der Bayerische Heimat- und Königsbund, der Bürgerrat München, der Bayernbund (eines gewissen Kallerstedt), der Arbeitsausschuß der deutschnationalen Industriellen in Bayern, der Bayerische Gewerbebund; ferner ist der Aufruf unterzeichnet von einer Anzahl Einzelpersonlichkeiten, darunter Escherich, Stingl, Kuhl, dem Syndikus der bayerischen Industriellen, Oberst Inlander, dem befehligten völkischen Scharmacher von ehemals, Pichorr, dem Vorsitzenden der Münchener Handelskammer und einigen Universitätsprofessoren.

Reichswehr bei Knüppelkunge.

Dresden, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Knüppelkunge hielt am Sonntag auf einem Vaterländischen Abend der Deutschnationalen Partei die Rede. Er fiel über alle Parteien her und prophezeite, daß seine Partei in absehbarer Zeit die größte deutsche Partei die Geschichte Deutschlands lenken werde. Als die Gegner bei der Abkündigung des „Deutschland“-Büdes sitzen blieben, wurden sie mit Hilfe einiger Reichswehrbrüder aus dem Saal entfernt. Das künstlerische Programm bestritt eine Reichswehr-Kapelle.

Dresden, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der sächsische Ministerpräsident Genosse Heide begibt sich am Dienstag zum Besuch des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers nach Berlin.

Gegen den Ausnahmezustand.

Entscheidung der heftigen Demokraten.

Die heftige demokratische Partei hielt am Sonntag in Frankfurt a. M. ihren Parteitag ab, dem Prof. Gerland als Vertreter der Zentralkommission der Partei beizuhörte. Der Referent Koroll forderte die Aufhebung des Belagerungszustandes. In der Diskussion sprach Prof. Gerland über die Zustände in Thüringen und über die Art, wie jetzt in der Justizverwaltung Reformen vorgenommen würden. Mit dem Begriff der Demokratie sind sie nicht zu verzeihen. In einer Resolution wurde die unverzügliche Aufhebung des Ausnahmezustandes verlangt. Den Partikularrismus, wie ihn Bayern vertritt, lehnt die Partei ab. Finanzminister Hendrichs wurde wieder zum ersten Vorsitzenden der Partei gewählt der Abg. Koroll als Spitzenkandidat für die Reichstagswahl aufgestellt.

Die Deutschnationalen wollen wählen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hielt gestern nachmittags eine Sitzung ab, in der sie sich wiederum mit der allgemeinen politischen Lage sowie mit den bei den Neuwahlen zu befolgenden Maßnahmen der Partei beschäftigte. Erneut kam dabei der einstimmige Wunsch der Fraktion zum Ausdruck, daß die Neuwahlen als bald stattfinden mögen.

Gegen baldige Reichstagswahlen, die ja sowieso im Frühjahr stattfinden, wird niemand etwas einwenden. Die Deutschnationalen haben es aber wohl eilig, weil sie fürchten, daß ihre Konjunktur immer schlechter wird.

Auf der Mördersuche.

In Ungarn sind sie sicher.

Wien, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Budapest wird zu den Meldungen auswärtiger Blätter, nach denen die deutsche Regierung ein Auslieferungsgesuch gegen die Erzberger-Mörder Schulz und Lilliesen gerichtet haben soll, mitgeteilt, daß es sich nicht um ein offizielles Auslieferungsgesuch handelt, sondern, daß die deutsche Polizei, wie allmonatlich, so auch jetzt wieder erneut, bei Einreichung der Liste der von der Polizei gesuchten Personen auch auf Schulz und Lilliesen hingewiesen habe. Der Aufenthalt der Gesuchten sei den ungarischen Polizeibehörden nicht bekannt.

Deutscher Pfalzprotest in Paris.

Der französischen Regierung ist durch die deutsche Botschaft in Paris wegen der Zustände in der Pfalz eine weitere Note übergeben worden, die mit allem Ernst die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die Zustände lenkt und sie auf die schwere Verantwortung hinweist, die sie auf sich nimmt, wenn sie nicht gemäß den ihr als Befehlsgewalt völkerrechtlich und vertragmäßig obliegenden Verpflichtungen alsbald dafür sorgt, daß die Bevölkerung von den Bedrückungen einer kleinen, noch dazu größtenteils landfremden Minderheit befreit wird und es ermöglicht, daß die deutschen Behörden wieder frei und ungehindert amtieren können.

Die Reichsregierung verweist dann auf die in ihrem Besitz befindlichen unwiderlegbaren Beweise dafür, daß es den separatistischen Bänden niemals gelungen wäre, in der Pfalz die Oberhand zu gewinnen, wenn sie nicht von vornherein

von den französischen Besatzungsbehörden mittelbar oder unmittelbar bei ihrem hochverräterischen Unternehmen unterstützt worden wären!

Die Note zählt alle die zahllosen direkten und indirekten Unterdrückungen der Separatisten durch die französischen Besatzungsbehörden auf und schließt:

Die deutsche Regierung sieht sich angesichts dieser Tatsachen, die durch keine Ablehnung aus der Welt geschafft werden können, zu der Feststellung genötigt, daß

die französischen Behörden unter Nichtachtung ihrer völkerrechtlichen und vertragsmäßigen Verpflichtungen

in der Pfalz Zustände herbeigeführt haben und zulassen, die eine schwere Verletzung der Souveränität des Reiches und Bayerns in sich schließen und die zur Verrückung einer wehrlosen und friedlichen Bevölkerung von 700 000 Menschen geführt haben. Die deutsche Regierung ersucht die französische Regierung, den gesetz- und vertrags-

mäßigen Zustand in der Pfalz wiederherzustellen und zu diesem Zweck ihre Organe vor allem anzuwenden:

1. Die unter ihrer Duldung oder Mitwirkung mit Waffen ausgerüsteten

Separatisten zu entwaffnen,

ihre Einrichtungen aus den von ihnen mit Unterstützung der Besatzungsbehörden besetzten öffentlichen Gebäuden zu ermöglichen und die uneingeschränkte Wiederaufnahme der Tätigkeit der deutschen Behörden wieder zuzulassen.

2. Der Rückkehr der von den Separatisten vertriebenen Einwohner keine Hindernisse in den Weg zu legen.

3. Sich in Zukunft jeder Einmischung in deutsche innerpolitische Verhältnisse, insbesondere jeder unmittelbaren oder mittelbaren Unterstützung autoritärer Elemente in den besetzten Gebieten zu enthalten.

Die Arbeit der Sachverständigen.

Die Dawes-Kommission hat gestern, Montag, mit dem Reichsfinanzministerium Fühlung genommen, um die Beratungen über den neuen Reichsetat zu beginnen. Der Rac-Kenna-Ausschuß legte die Prüfung des statistischen Materials der Banken fort. Der Währungsausschuß wird am Dienstag vormittag den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und den Reichsfinanzminister Dr. Luther vernehmen, während der Budgetausschuß Staatssekretär Fischer von der Kriegslastenkommission und Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium hören wird.

Poincaré will Macdonald sprechen.

London, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Es wird berichtet, daß, obwohl die auswärtigen Angelegenheiten nicht auf der Tagesordnung der heutigen Kabinettsitzung standen, auch die Frage der englisch-französischen Beziehungen in dieser Kabinettsitzung besprochen wurde, zumal kurz vorher Macdonald eine längere Konferenz mit dem englischen Botschafter in Paris, Lord Crewe, gehabt hat. Wie verlautet, hat Crewe die Anregung Poincarés auf eine baldige Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten überbracht.

London, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Zu dem Briefwechsel zwischen Poincaré und Macdonald schreibt das Arbeiterblatt „Daily Herald“, daß das Schreiben Macdonalds zur rechten Zeit zum Ausdruck bringe, daß das englische Volk in keiner Weise mit der französischen Politik einverstanden sei; aber es vermeide, die Bedeutung dieser ersten Feststellung zu übertreiben.

Arbeiterregierung gegen Wohnungsnot.

London, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag fand wieder eine Kabinettsitzung statt, die sich hauptsächlich mit den internen Fragen der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit befaßte. Es wurden Pläne erörtert, die dahin gehen, jährlich 200 000 neue Siedlungshäuser mit staatlicher Unterstützung zu bauen und zugleich durch ein Abkommen mit dem Bauarbeiterverband bei der Verwirklichung dieses Planes der Arbeitslosigkeit zu steuern. Der Verband hat diesem Projekt zugestimmt unter der Voraussetzung, daß ihm Garantien dafür gegeben würden, daß dieses Programm auf eine Reihe von Jahren Gültigkeit behalte und nicht von einem Wechsel in dem Regierungskurs abhängt. Die Regierung plant ferner die Förderung der Produktion billiger Baustoffe.

Sozialisten im Oberhaus.

London, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag wurden die ersten Ernennungen von Mitgliedern der Arbeiterregierung zu Lords bekanntgegeben. Es sind dies: der Staatssekretär für Indien Sidney Olivier, der Luftfahrtminister General Thomsen und der Unterstaatssekretär für die Kolonien Sidney Arnold.

Mißbilligkeiten nach der liberalen Einigung.

London, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In politischen Kreisen wird erzählt, daß die Harmonie zwischen den Führern der beiden liberalen Richtungen, Asquith und Lloyd George, einen ersten Riß erlitten habe, weil bei der Verhinderung der beiden Organisationen Asquith es abgelehnt habe, gewisse Parteifreunde und sonstige Angehörige der Lloyd-George-Richtung zu übernehmen. Daraufhin habe Lloyd George eine Zusammenlegung der beiden Parteien eintwelfen verweigert, wobei er bei weitem über die reichere Kasse verfügen soll.

Neuer Kurs in Indien.

London, 4. Februar. (W.B.) Nach einer Neutermüdung aus Bombay hat die Regierung die Freilassung des nationalistischen Führers Gandhi angeordnet. (Gandhi war der Hauptpropagandist einer neuen Lehre, die die Autonomie Indiens durch eine Art passiver Resistenz der gesamten Bevölkerung gegenüber der britischen Verwaltung erkämpfen wollte. Red. d. B.)

Auch Italien hat Sowjetrußland anerkannt.

Rom, 4. Februar. (W.B.) Der wichtigste Artikel des russisch-italienischen Handels- und Schiffsverkehrsvertrages ist fest, daß die Beziehungen zwischen Rußland und Italien wieder normal sind. Die rechtliche Anerkennung Rußlands ist in dem Vertrag mit eingeschlossen. Die russische Regierung muß sich jedoch verpflichten, keine politische Propaganda in Italien zu treiben. Die Frage der russischen Schulden und der Schadenersatzung bleibt von dem Vertrag unberührt, obwohl sich die russische Regierung verpflichtet mußte, den italienischen Interessen die Restbegünstigung zuzusichern. Der durch den russischen Zusammenbruch italienischen Staatsangehörigen entstandene Schaden beläuft sich auf insgesamt 3 Milliarden Lire. Die italienische Regierung hat darauf verzichtet, die sofortige Vergütung zu verlangen.

Die Trauer um Wilson.

Washington, 4. Februar. (W.B.) Sämtliche öffentlichen Gebäude in den Vereinigten Staaten haben Halbtag geflaggt. Tag und Ort der Beisetzung Wilsons sind noch nicht bestimmt, doch wird die Leiche wahrscheinlich vorübergehend in Washington aufgebahrt und dann zu dem Nationaldenkmal übergeführt werden, das zum Gedächtnis des Präsidenten errichtet werden soll.

Schiedspruch für die Straßenbahner.

Der Schiedspruch für die Berliner Straßenbahner wurde gestern Abend von einer stark besuchten Vollversammlung der Straßenbahner angenommen. Die Arbeitszeit ist grundsätzlich auf 8 Stunden festgelegt. Die erste Überlunde kann nach Anhörung des Betriebsrats angeordnet werden, darüber hinaus ist keine Zustimmung notwendig. Die Pflanzkosten von 31 Pf. für Ungelehrte auf 20 Pf. für Vorarbeiter über 24 Jahre. Näheres im heutigen Abendblatt.

Gewerkschaftsbewegung

Neuer kommunistischer Gewerkschaftskurs.

Der Umkehrung in der kommunistischen Partei, der sich bezeichnenderweise nicht in Deutschland, sondern in Moskau vollzogen hat, wird auch auf die Gewerkschaften nicht ohne Einfluß bleiben. Wenn auch schon die letzten Wochen in zahlreichen Gewerkschaften in Berlin und im Reich ein bezeichnendes Zurückgehen des kommunistischen Einflusses zeigen, so ist es doch nicht gleichgültig, welche Taktik die Kommunisten in den Gewerkschaften einschlagen.

Die Linkströmung, die jetzt aus Ruder gekommen ist, bekennt sich zwar offiziell genau wie der bisher regierende rechte Flügel der KPD zu der Taktik, die gelegende Wählerarbeit innerhalb der Gewerkschaften weiter fortzuführen und sie von innen heraus zu "erobern" und zu "revolutionieren". Die Spaltung der Gewerkschaften, wie sie Unionisten und KPDisten offiziell proklamieren, wird auch von ihr abgelehnt. Trotzdem wird die veränderte politische Haltung auch die Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten stark beeinflussen.

Der linke Flügel hat seit langem die Gewerkschaftsarbeit der "rechten Führer" in der KPD, die zu einem Teil frühere Gewerkschaftsführer sind (Brandler, Hedert, Walcher usw.), argwöhnisch und kritisch mit angesehen. Die ganz verschiedenen Auffassungen von dem Sinn der sogenannten Einheitsfront spiegeln sich in den gewerkschaftlichen Strömungen innerhalb der kommunistischen Reihen deutlich wider. Die "rechten" betonen die politische Arbeit, verlangen intensive Beteiligung an der gewerkschaftlichen Kleinarbeit, sie neigen dazu, entgegen der offiziellen Parteipolitik, dieser Arbeit in gewissen Grenzen Selbständigkeit zuzuerkennen. Sie wollen nicht unter allen Umständen und von vornherein den politischen Gegensatz betonen, sie wünschen die "Entfaltung der Sozialverträge" an gewerkschaftlichen Mitarbeiter vorzunehmen, sie predigen ihren Funktionären immer wieder, daß es notwendig sei, das gemeinsame Klasseninteresse in den Gewerkschaftsverhandlungen zu betonen.

Sie sind bereit, um Einfluß zu gewinnen, den "gefährlichen Weg von Kompromissen" zu gehen, eventuell mit uns "Berätern" gemeinsam Ortsverbände zu besetzen usw. (Die schwankende Haltung der Kommunisten in solchen Fragen wie z. B. bei der letzten Wahl im Gemeindefacharbeiterverband in Berlin ist auf die inneren Kämpfe zwischen dem rechten und linken Flügel und auf das Eingreifen der örtlichen Parteileitung in diese Dinge zurückzuführen.)

Der linke Flügel hat der Sozialdemokratie gegenüber eine vollständig veränderte Haltung durchgesetzt. Alle offiziellen Annäherungsversuche mit "Spitzen" und "Bonzyn" sollen unterbleiben. Die "Einheitsfront" soll "von unten" gebildet werden. Moskau, der offizielle Führer der Linken in Deutschland, predigt diese Taktik seit Jahr und Tag. Die Gewerkschaften treten für diese Leute an Bedeutung zurück hinter den Betriebsrat, die nach Meinung der Linken die Klassen gegenüber den "verfallenen Bonzyn" in den Gewerkschaftsorganisationen repräsentieren. Die Betriebsräte sollen nach Möglichkeit zu weiterer Tätigkeit gebracht werden. Sie werden als Träger und Führer von "spontanen" Bewegungen, von "lokalen" Streiks angesehen. Betriebsrätekongresse sind seit langem das Stiefkind der Linken, die schon seit längerer Zeit in der KPD selbst verfallen, durch den Reichsbetriebsrätekongress sich ein drohendes Gegenwärtigkeit gegen die opportunistisch verfechtete Zentrale zu schaffen. In Berlin und auch in manchen anderen Wirtschaftszentren klingen darin Erinnerungen an die wilde Zeit der Betriebsrätezentralen, die sich 1919 als Gegenorganisationen gegen die Gewerkschaften ausgebaut hatten.

Die Betriebsräte, die sich unter kommunistischer Führung stellen, werden versuchen, den Gewerkschaften mit eigenen Parolen und Aktionen entgegenzutreten oder ihnen in den Rücken zu fallen. Sie werden dabei genau wie 1919 den kürzeren ziehen, weil diese "linke" Taktik die größte Dummheit ist. Aber sie ist die logische Konsequenz der hemmungslosen Radikalisierung der kommunistischen Partei und wird deshalb von den vernünftigeren und ruhigeren Elementen der KPD, auch nicht aufgehoben werden können. Sie muß zu neuen Enttäuschungen und der damit unvermeidlichen inneren Zersetzung in der KPD, oder in sinnlosen Aktionen zum unvermeidlichen Zusammenbruch führen. Die Gewerkschaften werden dieser neuen Taktik leicht begegnen können, wenn sie ihr von Anfang an energisch und zielbewußt entgegengetreten. Diese Entwicklung der Kommunisten bedeutet nicht, wie ihre verbündeten Klassen glauben, den Anfang einer neuen kommunistischen Welle, sie bedeutet den Beginn ihrer Liquidierung.

Zum Kampf — und zu Opfern entschlossen.

Die Funktionäre des Holzarbeiterverbandes aller Branden und Bezirke nahmen am letzten Freitag den Situationsbericht aus dem Holzgewerbe entgegen. Genosse Böse wies auf den Kampf der Ruffinstrumentenarbeiter hin. An 4000 Verbandskollegen sind von der Aussperrung betroffen. Genau so liegen die Dinge im Wagenbau- und Karosseriegewerbe. Die Unternehmer stellen die ultimative Forderung von 50 Pfennig Stundenlohn bei 54stündiger Arbeitszeit. Als unsere Kollegen diese Forderungen ablehnten, wurden 1500 Arbeiter ausgesperrt.

Das Arbeitsgedertum des Reiches, das mit 40 verschiedenen Arbeitgeberverbänden als Träger des Reichsmanteltarifs in Frage kommt, fordert die Befreiung aller sozialen Bestimmungen; z. B. Ferien, Betriebsvertrauensleute, Achtstundentag usw. Jetzt heißt es für uns: Alle Kräfte zu konzentrieren. Hinweg mit der Zerstückelung! Kein Opfer darf zu groß sein. Die im Kampfe stehenden Kollegen müssen wir bis zum siegreichen Ende über Wasser halten. Die erweiterte Ortsverwaltung hat daher beschlossen, den dreifachen Beitrag zu erheben.

Genosse Böse konnte zum Schluß noch die erfreuliche Mitteilung machen, daß im Berliner Holzgewerbe die Arbeitslosenziffer von 16000 auf 10000 gesunken ist.

In der Diskussion stellte man sich einmütig hinter die Ausführungen des Redners und der einheitliche Wille zum Kampf kam zum Ausdruck. Der Antrag der erweiterten Ortsverwaltung, daß ab 4. Februar der Verbandsbeitrag das Dreifache betragen soll, wurde einstimmig angenommen.

Arbeitszeit und Lohn der Eisenbahner.

Das ABR hat am 29. Januar den erst am 24. September 1923 unterzeichneten Reichslöhntarif für alle Eisenbahnarbeiter zum 1. April 1924 aufgekündigt. Im Zusammenhang hiermit ist den Direktionen Anweisung gegeben worden, auch die Vereinbarungen, die mit den Bezirksleitungen der vertragsschließenden Organisationen auf Grund dieses Vertrages abgeschlossen sind, aufzukündigen. In der Begründung ist gesagt, daß sich die Kürzung deshalb notwendig mache, weil bei den Verhandlungen über die Bestimmungen des § 3, § 8 Ziffer 4 und § 12 Ziffer 1, die auf Grund der Arbeitszeitverordnung getündigt waren, eine Einigung nicht erzielt wurde.

Dies ist nicht zureichend, denn lange bevor die Verhandlungen über die Arbeitszeiterhöhung begonnen haben, hat man sich schon im ABR über die Kündigung des gesamten Tarifvertrages unterhalten und ist es dabei auch zu positiven Beschlüssen gekommen. Tatsache ist, daß sich das ABR neben der Arbeitszeiterhöhung noch mit dem Abbau einiger sozialer Bestimmungen beschäftigt hat. Daneben soll die bisherige zentrale Lohnregelung dezentralisiert werden. Irgend etwas zu diesen Maßnahmen zu sagen, wäre verfrüht, denn eine Uebersicht über das, was von der kündigungenden Partei beabsichtigt ist, wird sich erst ergeben, wenn in die Verhandlungen eingetreten ist.

Den Beamten ist durch Kabinettsbeschluss der neunstündige Arbeitszeit ausgenommen. Allgemein soll nunmehr auch bei der Reichsbahn durch entsprechende Änderung der Dienstvorschriften die Dienstzeit bzw. Arbeitszeit verlängert werden. Nach § 13 der Verordnung über die Arbeitszeit können die für Beamte gültigen Dienstvorschriften über die Arbeitszeit auf die übrigen Arbeitnehmer der gesamten Betriebe und Verwaltungen übertragen werden, auch wenn laufende Verträge entgegenstehen. Es bestand die Gefahr, daß die den Beamten ausgenommen verlängerte Arbeitszeit auch auf die unter den Reichslöhntarifvertrag fallenden Arbeiter übertragen wurde. Die Gewerkschaften waren dann vor eine vollendete Tatsache gestellt worden. Um dem vorzubeugen, verlangen sie, daß, bevor eine Änderung der Dienstvorschriften erfolge, die Arbeitszeitträge auf Grund des Reichslöhntarifvertrages zu behandeln sei. Dem widersetzte sich das ABR. Es konnte deshalb eine Einigung über die Regelung der Arbeitszeit nicht erzielt werden. Die Vertreter der Gewerkschaften, unter Führung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, waren nicht willens, den Achtstundentag preiszugeben und konnten die Begründung des ABR für eine Verlängerung der Arbeitszeit nicht anerkennen. Das ABR hat nunmehr selbstherrlich verfügt, daß in den unteren Dienststellen alle Vorbereitungen für ein reibungsloses Durchführen der verlängerten Arbeitszeit zu treffen seien. Daß mit der Durchführung solcher rigoroser Maßnahmen der Unmut der Eisenbahner aufs äußerste gesteigert werden muß, dürfte auch dem Ministerium klar sein. Der Reichsbahnbetrieb wird nicht eher gesund und zur Ruhe kommen, als bis dem Personal neben dem Achtstundentag eine auskömmliche Entlohnung zuteil wird.

Lohnverhandlungen der Buchdrucker.

Zu der letzten Tarifkommissionsitzung waren von der Preispalettenvereins Anträge auf 20prozentigen Abbau des Lohnes wie auch auf eine Regelung der Ortszuschläge unter Vornahme beträchtlicher Abschläge zur Verhandlung gestellt, während von der Gehilfenvertretung eine Lohnhöhung von 27 auf 30 M. in der Spitze beantragt wurde. Bezüglich der Ortszuschläge wurden von den Gehilfenvertretern die eingelaufenen Anträge der einzelnen Mitgliedschaften der Verhandlung unterbreitet. Nach langwierigen,

bis in die späten Abendstunden dauernden Verhandlungen kam folgende Verständigung zustande:

Der gegenwärtig geltende Spitzenlohn und die bisherigen Ortszuschläge werden bis einschließlich 29. Februar d. J. verlängert. Die in der Zwischenzeit zentral zu vereinbarenden neuen Ortszuschläge treten ab 1. März d. J. in Kraft.

Damit ist vorerst für den Monat Februar eine Regelung der Lohnverhältnisse herbeigeführt. In den weiteren Verhandlungen wird versucht werden, auch bezüglich der Ortszuschläge eine Einigung herbeizuführen.

Die Verhandlungen über die Neugestaltung der Berechnungspositionen waren für den gestrigen Montag vorgezogen. Ein Resultat liegt uns noch nicht vor.

Zur Lohnbewegung in der chemischen Industrie.

Das Haupttarifamt Chemie fällt am Sonnabend, dem 2. Februar 1924, folgenden Spruch:

Der bisherige Lohn wird bis zum 12. Februar bestätigt.

1. Für die Gummiindustrie gilt ab 30. Januar die Höchstaltersklasse von 21 Jahren.

2. Durch diese Veränderung der Altersklassen darf keine Verschlechterung für die zurzeit Beschäftigten eintreten.

3. Alles, was bislang nach Lohngruppe I bezahlt worden ist, gilt als Facharbeiter und erhält mehr 5 Proz. an Lohn als der höchstbezahlte Betriebsarbeiter.

Der Kampf in Rheinland-Westfalen.

Bochum, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Kündigungs- und Entlassungsaktion des Ruhrbergbaues ist in vollem Gange. Die Zechenbesitzer haben bekanntlich beschlossen, rund 30 Proz. der Gesamtbelegschaft auch dann nicht wieder einzustellen, wenn der Betrieb voll aufgenommen werden sollte. Die Entlassungen erfolgen im Augenblick und erhöhen die Schwierigkeiten, mit denen das Ruhrgebiet ohnehin zu kämpfen hat. Die Zahl der Feiertagslöhner derer, die in Arbeit stehen, hat noch keine Abminderung erfahren. Einige Schachtanlagen, die bisher völlig still lagen, sind jedoch wieder in Betrieb genommen worden, da sie, wie die zum Stinneskonzern gehörigen Dannerbauschächte, zu verkaufen drohten. Die Aufnahme von Arbeitern erfolgt aber nur soweit, als es zur Verhinderung des völligen Zusammenbruchs der Anlage unbedingt notwendig ist. Die Abwanderung der Arbeiter aus dem Ruhrgebiet hält im allgemeinen an. Man schätzt die Zahl der Arbeitslosen, die seit dem Herbst aus dem Ruhrgebiet abgewandert sind, auf nicht weniger als 52 000 Personen.

ESD-Ruffinstrumentenarbeiter. Mittwoch nachmittags 3 Uhr Besammlung aller auf unserem Hoben stehenden Kollegen und Funktionäre im Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 117. Parteilauseinladung.

Deutscher Holzarbeiterverband, Bezirkssekretariat Berlin 4. Mittwoch abends 7 Uhr in der Köpenickerstr. 2-4. Besammlung.

Deutscher Holzarbeiterverband. Besammlung der arbeitslosen Mitglieder des Verbandes am Mittwoch nachmittags 1/2 Uhr im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Mittelstraße 10. — **Bezirk Südwesten.** Die Vertrauensmännerbesammlung findet nicht, wie im Mittelungsblatt angegeben, in der Großbrennstraße statt, sondern im Jungendheim, Lindenstr. 5, nachmittags 4 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Genosse Löbe Spitzenkandidat für Schlesien.

Breslau, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem am Sonntag stattgefundenen Bezirksparteitag für Mittel- und Oberschlesien wurde der Reichstagspräsident Genosse Löbe als Spitzenkandidat des Wahlkreises Breslau für die kommenden Reichstagswahlen aufgestellt. Auch die bisherigen Abgeordneten Seppel, Feldmann und Frau Inzorge wurden einstimmig wieder vorgeschlagen, dazu neu die Genossen Redakteur Bendemuth, Waldenburg, Privatdozent Dr. Rarg, Breslau, Parteisekretär Deutsch, Dels und eine Reihe weiterer Genossen, deren endgültige Reihenfolge erst nach der Feststellung des Reichstagswahlgesetzes bestimmt werden soll. Die oberschlesischen Genossen stellen ihre Kandidaten in einer besonderen Konferenz auf.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: J. E.; Ernst Reuter; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: E. A. Richter; Lokales und Sonstiges: Fritz Katschub; Anzeigen: Th. Glade; (amtlich in Berlin). Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, Hieron 1, Weiden.

Koch & Seeland

Führen die besten Fabrikate

in Herren- und Damen-Stoffen, Kammergarnen, Cabardine Str. 8., 12., 16.,

Straußendamm 20/21 Sagen 1893

Weißes Wochenende

Hemdentuch
schwere Qualität, ca. 80 cm
breit Meter **0.75**

Lakenstoff
gute Qualität Meter **1.85**

Handarbeiten	Kurzwaren	Stickereien	Weißwaren	Korsette	Toilette - Artikel
Mittendecke Loch oder Höbel- u. Zeltchen ca. 70/70 ... 1.45	Baumwoll-Band weiß Stück ca. 2 1/2 Mtr. Stck. 0.08	Tüll-Volants ca. 45 cm br. 1.75	Hemden-Passen in guter Ausführung... 0.75	Korsett aus gutem Drell mit Languetten... 1.45	Feinste Fliederseile 1.00
Tischläuter Loch- oder Höbel-Zeichnungen 1.45	Armläuter m. Gummipolster Paar 0.25	Voile-Volants ca. 55 cm br. 2.45	Morgen-Häubchen in verschied. Ausführungen 0.95	Korsett aus kräftig. Drell, mit br. Stickerei- garantierung zwil Strumpfhaat. 2.95	Seiten-Dosen weiß Cellulose, gute Qualität 0.30
Tischläuter mit Spitze ganzler und vorgezeichnet 1.65	Wäsche-Knöpfe sortiert. Karte 5 Dutzend 0.35	Stickerei-Volants ca. 18 cm br. 0.57	Bubi-Kragen mit Jabot prima/Opal 0.95	Büstenhalter aus kräftigem Wäschstoff 0.65	Hand-Spiegel weiß Cellulose 0.78
Mittendecke mit Spitze ganzler und vorgezeichnet 1.65	Nähgarn dreifach, 1000 Meter, Rolle 0.65	Herren - Artikel	Plissée-Kragen Schweizer Voll-Voile, 15 cm br. 1.75	Strumpfhaltergürtel mit 3 Rüschenstrumpf haltend 1.10	Kopfbürsten weiß, gute Ausführung 0.75
Damen - Konfektion	Gardinen	Oberhemden weiß, mit gewalbt Ware u. fest. Mansch. 6.90	Wirtschafts - Artikel	Speiseteller weiß, 24 cm 0.40	Schreibwaren
Bluse Voll-Voile, weiß in moderner Veranstellung 4.50	Scheiben - Gardinen abgepasst Paar 0.95	Sportkragen weiß, aus guten Pikee, moderne Form 0.38	Alpaka - Teelöffel 0.40	Küchenschüssel weiß, 22 cm 0.95	Briefpapier 50 Bogen, 50 Umschl. mit Selbstpapierfaktor. Kart. 0.95
Oberhemd-Bluse weiß, Panama-Stoff, mit dop- pelter Manschette 5.95	Künstler - Gardinen engl. Tüll, 3 teilig 5.50	Steh-Umlegekragen gutes Fabrikat 0.60	Alpaka - Esslöffel 0.85	Eimer weiß, 26 cm 1.45	Servietten weiß, gewahrt 100 Stück 0.55
Kleid Voll-Voile, weiß reich mit Motiven und Einsätzen garniert 9.95	Halb-Stores ohne Volant 4.95		Teeglas - Halter Messing vernickelt m. Glas 1.35	Konsol für Sand, Seife, Soda 2.95	Toilettepapier gekloppt 3 Rollen 0.55
	Bettdecken über 1 Batt 3.95		Tab. etl vernickelt, ca. 35 cm 0.95		Butterbrot-Papier festdrückt 100 Blatt 0.40

**Deckbett Bezug
hart gebücht 5.90**

Kopfkissen dazu pass. 1.95

Jandorf

Damen-Strümpfe
Tramastade, gute feinstmaschige
Qualität, weiß, schwarz oder farbig **3.95**

Belle-Alliance-Str. St. Frankfurter Str. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmersdorfer Str.

Marys Ende.

Aus dem Berliner Zoologischen Garten haben wir in der gestrigen Abendausgabe die Trauerbotschaft gebracht, daß Mary, das afrikanische Elefantweibchen, an einem schleichenden Uebel zugrunde gegangen ist.

Mary, die kleiner war als der indische Elefant, hat von den 40 Jahren ihres Lebens über 35 Jahre im Berliner Zoo zugebracht und sich ungezählte Freunde erworben.

Ob Marys Stelle in dem Elefantenhause lange leer bleiben muß, hängt von den Mitteln ab, die der Zoo für den Ankauf eines afrikanischen Elefanten aufwenden möchte.

Großlichterfelder Schloßpark — Naturschutzgebiet.

Zum Schutze des östlichen Teils des Schloßparks in Großlichterfelde, Hindenburgdamm 28, der durch einen ministeriellen Erlass zum Naturschutzgebiet erklärt worden ist, hat der Polizeipräsident von Berlin mit Zustimmung des Magistrats folgende Polizeiverordnung erlassen:

Der Bürger.

Lassen Sie morgen von Ihrem Maschinisten eine Vorrichtung anbringen, die den Kontakt unterbricht, so daß es eine Sekunde dunkel wird im Tunnel, dann wieder hell.

Der Potsdamer Hypnosofall.

Der Fall des Privatdozenten Dr. Achelis, der beschuldigt wird, einen Sohn des Kapitäns a. D. Frommann acht Wochen lang hypnotisch gebiend zu haben, beschäftigt die Potsdamer Behörden sehr eingehend.

Inzwischen hat sich, wie eine Korrespondenz meldet, bei der Staatsanwaltschaft gegen Dr. Achelis neu und zum Teil sehr belastendes Material angeammelt.

Ein nächtliches Abenteuer.

In einer Novembernacht vorigen Jahres wurde der Fräulein H. unter dem Verdacht, soeben einen Einbruchdiebstahl in der Sprauer Straße verübt zu haben, in unmittelbarer Nähe der Einbruchsstelle festgenommen.

Der Raubüberfall eines früheren russischen Offiziers.

Ein schwerer Raubüberfall wurde am 22. Januar auf den belagerten Kaufmann Hugo Birch verübt, der in der Kanitz 24 in Charlottenburg eine russische Buchhandlung betreibt.

290 Dollar, ließ ihn liegen und entfloh. Obwohl der Ueberfallene früher wieder zu sich kam als der Räuber wohl vermutet hatte und alsbald Bärm schlug, blieb die Verfolgung ergebnislos.

Billige Seefisch- und Heringsverkäufe.

Der Verein der Fischhändler von Groß-Berlin E. B. veranstaltet im Einverständnis mit dem Ernährungsamt der Stadt Berlin vom 5. Februar ab, sammt Vorrat reich, billige Fisch- und Salzheringsverkäufe.

Kots billiger.

Die Preisprüfungsstelle teilt mit, daß infolge der Ermäßigung der Grunder- und Wertpreise mit Wirkung vom 5. Februar die Preise für Kots durchschnittlich um 0,10 M. pro Zentner herabgesetzt werden.

Ueberfallen wurde am Freitag, den 1. Februar, in der Paster-Edel Straße.

Genosse Franz Kupferichmidt, Gestohlen wurde nichts. Die beiden Herren, die den Ueberfallenen in die Wohnung brachten, werden gebeten, ihre Adressen Herrn Buchmann, Straßener Allee 25, mitzuteilen.

Volkshilfsverein Neuhütte.

Die Kunstgenossenschaft veranstaltet am 5., 6. und 7. Februar Kunstausstellungen für Mitglieder und Gäste in der Villa Reddenstraße.

Was die Frau wissen muß.

Mittwoch, den 6. Februar, abends 8 Uhr, hält Dr. Magnus Dirichfeld in der Villa Georgenstr. 30 (nahe Bahnhof Friedrichstr.) einen Vortrag „Was die Frau wissen muß“.

Arbeiterbildungsschule Groß-Berlin.

Die Vortragsschule des Genossen Bremer für den 3., 10. und 20. Preis findet nicht Mittwoch, sondern jeden Dienstag, abends pünktlich 7 Uhr, in der Schule Brantwäler Straße 5, statt.

Grunderwerb in Schiefen.

Auf der Kurt-Schächta-Lage des Steinlohnbergwerkes Consolidation Wenzeslaus-Grube bei Hausdorf, Kreis Neurade, ist gestern nacht ein Kohlenfeuertausbruch erfolgt.

Große Feuersbrünste werden aus Kassel und Kendsburg gemeldet.

In der Zündholzfabrik von Stadt u. Wüste in Kassel brach ein Großfeuer aus. Der Brand entstand in einem Raum, in dem die fertiggeschliffenen Streichhölzer in hohen Haufen bis unter das Dach aufgeschichtet waren.

(Redigiert durch Wolff-Berlag, Berlin.)

empor. Blasse und gerötete Gesicht. Auf allen die gleiche fiebrige Erregung und Spannung. Die vier waren im kaufmännischen Klub gewesen, hatten Herrn Hohmeier auf der Straße getroffen und mitgeschleppt.

Augenwink ihrer jungen Schwester, die, noch ungeschickt und verlegen, zum Arbeiter ging und sich von ihm auf den Schoß ziehen ließ. Er griff ihr an die Brust, die noch nicht vorhanden war, und brüllte: „Die andere!“

